

„Mittelstandsfeindlich und nicht zeitgemäß“

Wirtschaftsvereinigung der CDU (MIT) fordert Reform der Unternehmenssteuer

Baden-Baden (red) – Auf eine grundlegende Reform der Unternehmenssteuern in Deutschland drängt die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU in Baden-Baden und Rastatt (MIT). In einem Zehn-Punkte-Plan fordert die Vereinigung von der Bundesregierung, in der laufenden Legislaturperiode das Unternehmenssteuerrecht zu vereinfachen und Steuersätze zu senken.

„Vor allem in wirtschaftlich starken Regionen wie in Mittelbaden müssen wir darauf achten, dass die mittelständischen Unternehmen steuerlich

nicht stärker belastet werden als ausländische Konzerne“, fordert Anemone Bippes, Vorsitzende der MIT Baden-Baden/Rastatt.

Die MIT – laut eigenen Angaben der „einflussreichste parteipolitische Wirtschaftsverband in Deutschland“ – strebt einen einheitlichen Körperschaftsteuersatz von zehn Prozent an. Die gesamte Belastung soll dabei inklusive Gewerbesteuer nicht höher als 25 Prozent liegen. „Große Konzerne wie Amazon müssen genauso ihre Steuern zahlen wie unsere Einzelhändler in der Innenstadt auch“, sagt Bippes. Die

aktuellen Steuersätze von mehr als 32 Prozent bei der Körperschaftsteuer und zum Teil über 50 Prozent bei der Einkommensteuer für Personengesellschaften seien ein massiver Standortnachteil auch für Baden-Baden, Rastatt und Bühl.

Weiterhin spricht sich die MIT Baden-Baden/Rastatt gegen eine Sondersteuer für die digitale Wirtschaft, für eine Modifizierung der Gewerbesteuer und eine Anpassung des steuerlichen Zinssatzes an die Niedrigzinsphase aus. Steuerliche Belastungen durch den Brexit sollen vermieden, For-

schung und Digitalisierung steuerlich gefördert und die Verlustverrechnung erleichtert werden. Außerdem fordert die MIT, das Besteuerungsverfahren zu digitalisieren und das Konzernsteuerrecht zu modernisieren. Der Solidaritätszuschlag soll bis 2021 abgeschafft werden. „Unsere Unternehmen in der Region müssen zu hohen Steuern zahlen und leiden unter einer komplizierten Steuerbürokratie. Das ist mittelstandsfeindlich und nicht mehr zeitgemäß“, sagt Bippes. Das Steuersystem verhindere Investitionen und führe deshalb zu weniger Steuereinnahmen.

BT M/8/18